

Menschen zugehen, muß mit ihnen diskutieren.“ Um wieviel mehr muß dies bei der Atommüll-Frage gelten!“

Die Briefschreiber sehen die Atommüll-Politik am Scheideweg: „Es liegt in den Händen derer, die derzeit in den Bund-Länder-Gesprächen über die Atommüll-Frage verhandeln, ob die Suche nach einem Lagerplatz in Zukunft mit oder gegen die Anti-Atom-Bewegung, mit oder gegen die betroffene Bevölkerung organisiert wird. Und wir sagen es ganz deutlich: Wie es bisher läuft, führt es zu einem klaren Gegeneinander.“

Völliges Unverständnis äußern die Autorinnen und Autoren über das Argument aus den Parteien, eine Einigung müsse noch schnell vor den aufziehenden Wahlkämpfen durchgezogen werden: „Die Behauptung, das Zeitfenster für die Arbeit am Endlager-suchgesetz würde demnächst geschlossen, ist eigentlich eine Bankrotterklärung der Politik. Denn sie bedeutet nichts anderes, als daß sich die Parteien selbst in der Atommüllfrage die Fähigkeit absprechen, auf parteistrategische Machtspiele zu verzichten und auch in Wahlkampfzeiten gute und verantwortungsvolle Politik zu machen.“ Der Brief endet mit einem Zitat aus dem Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im November 2011 zum Thema Bürgerbeteiligung: „Erst die breite Beteiligung aller, die an Entscheidungen teilhaben wollen, bringt die Vielfalt an Ideen, Perspektiven und Möglichkeiten auf den Tisch, die für die besten Lösungen nötig ist. Ein Auskugeln hinter verschlossenen Türen hingegen begünstigt die Vorteilnahme Einzelner und führt zur Frustration der Vielen.“

Sylvia Kotting-Uhl, atompolitische Sprecherin der Grünen, meint dagegen, die Unterzeichner verurteilten „ein Gesetz, das sie noch gar nicht

kennen, und gehen sofort in eine Antihaltung“. So könne Beteiligung auch nicht funktioniert, sagte sie der Zeitung taz vom 17. Juli 2012 zu-

Atommüll / Atomwirtschaft

Lagerung des eigenen Atommülls mit Gewinngarantie für AKW-Betreiber

Kritik an Sonderstellung der DBE bei der Endlagersuche nach Akteneinsicht beim Bundesamt für Strahlenschutz

Sonderbares förderte die Akteneinsicht zu Tage, die die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) nach dem Umweltinformationsgesetz beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beantragt hatte. Die BI wollte wissen, welche Rolle die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) im Atommüllgeschäft spielt.

Wie die Bürgerinitiative am 12. Juni 2012 berichtete, wird der DBE in einem Kooperationsvertrag aus dem Jahr 1984 zwischen der Vorläuferbehörde des BfS, der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), eine einzigartige Monopolstellung eingeräumt: Die DBE wird nicht mehr mit Einzelprojekten wie Gorleben und dem Schacht Konrad, sondern generell mit der „Planung und Errichtung der Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle“ beauftragt. So übernahm die DBE nach der Wende auch die Einlagerung des Atommülls im ehemaligen DDR-Atommüllendlager Morsleben. Dieses Geschäftsmodell steht auch Pate für das Endlager-suchgesetz, das zur Zeit zwischen dem Bundesumweltminister Altmaier (CDU), den Grünen und der SPD ausgehandelt wird.

„Dazu muß man wissen, daß die DBE zwar ursprünglich

folge. Es sei politisch nicht durchsetzbar, Gorleben von vornherein als Endlager auszuschließen. ●

eine bundeseigene Gesellschaft war, vor Vertragsschluß jedoch zu 75 Prozent von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) übernommen wurde, die als Tochterunternehmen der Atomstromproduzenten unter anderem für die Zwischenlagerung in Ahaus und Gorleben zuständig ist und das mit einer vertraglich vereinbarten Gewinngarantie in Höhe von 3,25 Prozent“, erklärt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Auf diese Weise verdienen die Atomstrom- und Atommüllproduzenten auch noch an der Lagerung des eigenen Mülls.

Hintergrund: Nach der Endlagervorausleistungsverordnung müssen die vier AKW-Betreiber E.on, RWE, Vattenfall und EnBW zumindest für den Ausbau von Schacht Konrad und Gorleben zahlen. Ehmke: „Das Geld fließt über die DBE gleich wieder an die Atomstromer zurück, und zwar fest verzinst. Die hohen Kosten für die Sanierung Morslebens und der Asse II nach deren Schließung tragen hingegen die Steuerzahler.“ Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen hervorgeht, hat die DBE bis zum Jahr 2008 auf diesem Wege Aufträge im Wert von 2,36 Milliarden Euro durchgeführt.

Daß an Gorleben als Endlagerstandort festgehalten wer-

den soll, liegt in erster Linie an diesem Geschäftsmodell, ist man sich bei der BI sicher. Auch in den Gesetzentwurf für die geplante neue Endlagersuche drohe das Modell Eingang zu finden, warnt BI-Sprecher Lennart Müller. Ganz gleich, ob eine neue Bundesbehörde für die Endlagerung geschaffen wird, die DBE könne dabei weiter ihre Sonderrolle behaupten; im Gesetzentwurf wird dazu für die ober- und untertägige Erkundung ein „Vorhabenträger“ ausgelobt.

Die BI hat deshalb Juristen eingeschaltet, um die Rechtmäßigkeit des bisherigen Verfahrens, bei dem es keinerlei Ausschreibung gegeben hat, prüfen zu lassen und warnt davor, daß den Abfallverursachern mittels DBE weiterhin diese Privilegien eingeräumt werden. ●

Atomausstieg

Masterplan für Atomkraftwerk-Abriß

Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) will den Abriß der 17 deutschen Atomkraftwerke koordinieren und zu diesem Zweck das Genehmigungsverfahren von den Ländern auf den Bund übertragen. Nach Informationen des Wirtschafts magazins 'Capital' (Ausgabe 7/2012, EVT 21. Juni) läßt Altmaier derzeit einen Masterplan für den Rückbau des nationalen Kraftwerk-Parks entwickeln. Ziel sei es, sowohl die technische Vorgehensweise als auch das komplizierte Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Andernfalls fürchtet man im Ministerium ein drohendes Atommüll-Chaos.

Bisher sind für die Genehmigung von baulichen Veränderungen an Atomanlagen die